

schlechte Stellung Deutschlands mit Angst und Sorge betrachten und auf alle Fälle gegen Angriffe gerüstet leben wollten. Der Nahe Deutschlands aber richtete sich beim Ausbruch des Krieges vielmehr gegen England, weil wir ihm seine Verletzung, uns anzureifen, zusprechen konnten. Hier erkannte man schnell und klar den wirtschaftlichen Reiz. Die Sorge auf französischer Seite gegen uns wurde in weitestem Maße durch die Verträge, die wir auf alle Fälle regierungsseitig nicht erwidern und gar nicht in unserer Verantwortung ausgeben. Die Arieckerklärung an Frankreich und England waren strategische Notwendigkeiten, aus der Lage erklärlich, um dem Gegner zuvorzukommen, der uns sonst normal hätte. Das war der Selbsthaltungstrieb der Nation, den die verantwortliche Regierung richtig erkannt hatte und pflichtgemäß zur Entwicklung brachte.

Die Hauptaufklärungsarbeit in der Arieckerklärung besteht darin, diese strategische Notlage Deutschlands überzeugend nachzuweisen und zu beleuchten. Dazu hilft uns abermals die belgische Dokumentensammlung, die uns über Belgien's Politik vor dem Krieg die Augen geöffnet hat. Dieses Land mußte bei seiner Lage zwischen den beiden feindlichen Großmächten immer und immer wieder mit einer Verletzung seiner Neutralität rechnen; die war im deutschen wie im französischen Generalstab ganz gleichermäßen vorzusehen. Es war eine rein militärische Frage. Belgien hat sich auf Frankreichs Seite gestellt, weil es sich wieder in Freiheit und Unabhängigkeit leben wollte. Der Kampf um die Schuldfrage muß also weiter geführt werden, bis wir zum Sieg der Wahrheit über die Lage kommen. Die Waffen müssen rein und blank sein, aber scharf gelassen; der deutsche Geist wird sie erfinden, der deutsche Mut wird sie zu benutzen wissen und die deutsche Ehre und die deutsche Freiheit werden der Preis des Kampfes sein, wenn die Aufklärungsarbeit im In- und Auslande von ruhigen, mit der Materie vertrauten Persönlichkeiten geführt wird, aber nur auf der Basis nationaler Würde und vaterländischen Stolzes.

Frankreichs Siegerwille im Elsaß.

Doumergue und Painlevé in Straßburg.

Paris, 1. Juni. Der Präsident der Republik Doumergue, im Geleit der Ministerpräsidenten Painlevé und der Minister Straßburg und de Monzie nach Straßburg gereist, wo er am Samstagmorgen eintraf. Auf einem Bankett im Rathaus hielt der Präsident eine Rede, in der er sagte: Frankreich fordere nur Vertrauen. Das sei sein Charakter, man könne sogar sagen, auch sein Fehler. Frankreich könne jedoch die Lehren einer noch in der Erinnerung lebendigen Vergangenheit nicht vergessen. Man dürfe es ihm nicht übelnehmen, wenn es sich vorsichtig zeige, und wenn es über gewisse Fragen und etwas verworrene Ansichten klarstellen wolle. Es fürchte, die Wege, die zu einem dauerhaften Frieden führten, für unerschwinglich zu halten, während sie in Wirklichkeit umwege oder Fallen seien, die vielleicht doch zu trauglichen Enttäuschungen, vielleicht auch zu gefährlichen Konflikten, führen könnten. Solange Frankreich nicht ernste Garantien für die versprochene Sicherheit erlangt habe, wäre es ungerade ihm einen Vorwurf daraus zu machen, wenn es sich sehr vorsichtig zeige und sich nicht zu jenem großmütigen und schönen Vertrauen führen lasse, zu dem seine natürliche Ehrlichkeit und sein natürlicher guter Wille es leicht führen könnten.

Bei einem Bankett des Zentralrats des Departements Niederrhein sprach auch

Ministerpräsident Painlevé über Elsaß-Vorbringen.

Er sagte u. a.: 50 Jahre war Elsaß-Vorbringen durch Gewalt einem großen übermächtigen Reiche angeschlossen. Dieses Reich hat Elsaß-Vorbringen an seiner außerordentlichen wirtschaftlichen Entwicklung, an seinen großen Unternehmungen, die eine wagemutige Finanz unterstützte, teilnehmen lassen. Dieses Reich hat ihm manchmal brutale aber praktische Verwaltungen und die besten Aufzeichnungen, und es hat Befehle und Anordnungen getroffen, die der französischen Verwaltung einmündeten, die aber später den modernen Bedürfnissen angepaßt wurden. Die Heberichter von gestern hätten den Elsaß-Vorbringern die Frage stellen können: Was habt ihr Euch zu beklagen? Und hätte ihnen zurufen können: Hier ist euer Gut! Aber man gewinnt nicht das Herz eines Volkes, indem man Schätze in seinem Gelände aufhäuft. Das Herz des Elsaß-Vorbringers hat deshalb nach der Wiedererlangung sofort wieder für Frankreich geschlagen. Painlevé verführte den Einwohner Elsaß Vorbringens, daß keine Maßnahmen getroffen werden sollen, ohne daß die Vertreter Elsaß Vorbringens vorher befragt werden. Er versicherte ferner, daß ein beratender Ausschuss einberufen werde, in dem alle Parteirichtungen vertreten sein sollten.

Neue blutige Unruhen in Schanghai.

Ausländerfeindliche Gewalttaten der Studenten.

Schanghai, 30. Mai. Hier kam es zu schweren Unruhen, in deren Verlauf sechs Personen von der Polizei erschossen und viele verwundet wurden. Über 30 Personen wurden verhaftet. Die Unruhen richteten sich gegen die Japaner. Die Menge griff auch die Polizeikolonie an, vor der Studenten eine Kundgebung veranstalteten und japanische Flugblätter verteilten. Die Ordnung ist wieder hergestellt.

Schanghai, 1. Juni. Die in den letzten Tagen der vergangenen Woche ausgebrochenen japanischen Unruhen dauern an. Gestern Abend fand eine sehr erregte Versammlung in der chinesischen Handelskammer statt, an der ungefähr 1500 Studenten und Arbeiter teilnahmen. Der Handelskammervorsitzende wurde gezwungen einen Antrag zu unterzeichnen, in dem für keine der Generalstreik erklärt wird. Die Versammlung sah ferner eine Reihe extremer Entschlüsse, unter anderem folgende: Boykott der ausländischen Banken und Banknoten, Kontrolle der ausländischen Polizei durch Chinesen, Zurückziehung der ausländischen Kriegsschiffe aus dem Gebiet des Huang-Pu-Flusses, Preislässung der verhafteten Anführer, Bestrafung der Mörder der Studenten und Arbeiter, Entschädigung für die Opfer der Unruhen, und einseitige Einstellung der ausländischen Streikzettel. Einer der Redner in der Versammlung, ein Arbeiterführer, der mit großer Erregung gesprochen hatte, sprach mitten in seiner Rede tot zusammen.

Die Studenten verammelten sich heute früh 11 Uhr, als der Streik begannen sollte, in der Hauptstraße und gingen gegen die Polizei zum Angriff vor, wurden jedoch von letzterer, die sich der Feuerlöschmaschinen als Abwehr bedienten, zurückgedrängt. Daraufhin rissen die Anführer das Straßengitter auf und bewarfen die Polizei mit einem Hagel von Steinen. Eine Reihe von Polizeibeamten und einige Neugierige trugen Verwundungen davon. Nachdem die Polizei die Unmöglichkeit, die Angreifer ohne Wassengewalt zurückzutreiben, einsehen mußte, feuerte sie in die Menge, wobei nach den letzten Meldungen achtzehn Personen durch Schüsse schwer verletzt wurden, von denen drei ihren Verletzungen erlag. Darauf zerstreute sich die Menge. Der Ausnahmezustand wurde proklamiert. Die Studenten verließen die Arbeiter in den lebenswichtigen Betrieben zur Teilnahme an dem Streik zu bewegen. Die Stadtverwaltung hat Gegenmaßnahmen getroffen. Ein Student griff heute in einer Nebenstraße einen Beamten der britischen Militärpolizei an,

unserer Soldaten zu belästigen, ohne die Ursache der Erregung unserer Truppen, den eigentlichen Frontkierkrieg, in Rechnung zu ziehen. Die Hauptschuld trägt allein die belgische Regierung, die durch Aufrufe an die Zivilbevölkerung einen Kampf gegen eine stark bewaffnete Armee entfesselte, einen Kampf, der durch seine Dürftigkeit die Wut der Soldaten auf höchste Erregung brachte. Dennoch haben sich die Truppen nicht zu Schandtatzen hinreihen lassen, die man ihnen vorwirft. Hier handelt es sich um Greuelmorden, die nicht aus den Köpfen der verführten und verfolgten Menschheit herauszubringen sind, obwohl sie ihren Ursprung längt kennen mühen und niemals die Welt ein Opfer jener Schandtatzen gesehen hat. Das angebliche Mord für die belgischen Kinder mit den abgemessenen Händen ist ebenso unentdeckt geblieben, wie jene amerikanischen Dollar, die der defekten sollte der sich ein Kind auffinden würde, unanbezahlt geblieben sind.

Einerlei, die Verleumdungen werden weiter verbreitet, weiter geglaubt und — Deutschland schweigt weiter. Große Seelen dulden still, sagt der Dichter. Das mag für den einzelnen richtig sein, ein ganzes Volk kann nicht still dulden, dann wird das Ertragen allmählich zum Stumpfsein oder zur Feigheit und beides führt zum Untergang des Volkes. Wir aber wollen nicht untergehen! Wir wollen leben und in Ehren leben und unsere Nachkommen sollen leben und erst recht in Ehren, weil sie sich wieder in Freiheit und Unabhängigkeit leben sollen. Der Kampf um die Schuldfrage muß also weiter geführt werden, bis wir zum Sieg der Wahrheit über die Lage kommen. Die Waffen müssen rein und blank sein, aber scharf gelassen; der deutsche Geist wird sie erfinden, der deutsche Mut wird sie zu benutzen wissen und die deutsche Ehre und die deutsche Freiheit werden der Preis des Kampfes sein, wenn die Aufklärungsarbeit im In- und Auslande von ruhigen, mit der Materie vertrauten Persönlichkeiten geführt wird, aber nur auf der Basis nationaler Würde und vaterländischen Stolzes.

Was not tue sei Stabilität und Sicherheit. Ohne Stabilität könne nichts Großes unternommen werden, könnten Handel und Industrie nicht gedeihen. Um diese Stabilität zu erzielen, sei die Mitwirkung aller notwendig. Diesen Ruf lasse er heute erheben.

Niemals hätte Frankreich der Welt die Schrecken eines Krieges aufzuzunehmen!

Vom Recht allein habe es nach der Formel Gambettas die Reparation des verletzten Rechtes erwartet. Elsaß-Vorbringen zu verteidigen, wenn es jemals bedroht würde, würde das einiaue und unheilbare Frankreich seine ganze Existenz einsetzen. Das seien seine Worte des Imperialismus oder der feinerischen Bedrohungen. Frankreich wolle nur ein guter Arbeiter für den Frieden sein, für einen „auten“ Frieden, damit es keinen Unterdrücker und keine Unterdrückte mehr gebe. Dieser Punkt sei weder von Utopien noch von Verblendung befreit. Das französische Volk habe einen zu geschunden Sinn, um sich einer Illusion über die Kräfte hinzugeben, die die weite Welt beunruhigen. Es gebe Träume von der Herrschaft über die, die sich nicht mit der Niederlage aufgeben wollen. Es gebe Nationen, die unterworfen gewesen und die zur Beunruhigung berechtigt gewesen seien, und wo die Zukunft ihrer Unabhängigkeit und ihrer Freiheit in Frage liehe.

Eventuell gefährlich wie das blinde Vertrauen sei auch das blinde Mißtrauen. So beunruhigend und häßlich auch manchmal die Entwicklung der internationalen Politik sein möge, er könne seinen Glauben an die Zukunft der europäischen Zivilisation nicht aufgeben. Er wolle das im Elsaß tun.

Sollte es wirklich wahr sein, daß die Völkern, die Frankreich und Deutschland voneinander trennen, auf immer eine bedrohte Grenze bleiben sollen?

Diese Frage beantwortete er mit nein, denn ein Tag werde anbrechen, vielleicht eher als man glaube, an dem die bitteren Enttäuschungen der Nachkriegszeit die wahren Lehren des Krieges aufkommen lassen, so daß die Völker den Haß, der sie noch trennt, fallen lassen würden, damit sie ein jedes nach seiner Begabung, sich nicht gegenseitig bekämpfen, sondern zusammenarbeiten, um gemeinsam die rebellische Materie auf die Hebel zu beswingen. Dieser Tag, so schloß Painlevé, würde wohlwollend über einem jüdischen Gebiete strahlen, das ein unbedingt französisches Elsaß in einem wieder angehöhen Europa sein werde. (W. T. B.)

Der Straßburger Erzbischof verschließt seine Tür.

Paris, 1. Juni. „Antirassigant“ berichtet aus Saarbrücken, Erzbischof Monz, auch von Straßburg, der gestern dem aus Anlaß der Anwesenheit des Präsidenten der Republik hundertjährigen Empfang beabsichtigt hatte, hat heute, am Montag, seine Tür verschlossen, er empfängt nicht.

der in der Notwehr den Studenten durch einen Schuß ernstlich verwundet.

Schanghai, 31. Mai. (Reuter.) Im Hauptquartier der mandchurischen Armee, das sich in der Nähe von Schanghai befindet, ist es zu Zusammenstößen wegen großer Mengen von Opium, die am vergangenen Freitag, wie verlautet, im Hauptquartier eingetroffen sein sollen, gekommen. Cheng Cho Jui, der Kommandeur der 28. Brigade und Juen Schün, der Vorsitzende des Kriegsgerichtes, wurden schwer verwundet. Der Chef des Stabes der 1. mandchurischen Armee stürzte sich, um der Erschießung zu entgehen, aus dem Fenster eines Hauses und brach sich das Genick. (W. T. B.)

Mordpläne gegen den Londoner Sowjetvertreter.

London, 1. Juni. Hier ist ein Komplott zur Ermordung des russischen Geschäftsträgers in London, Nakowski, aufgedeckt worden. Die Einzelheiten werden noch geheim gehalten. Das englische Innenministerium hat entsprechende Vorkehrungsmaßnahmen getroffen.

Rätselhaftes Auslaufen eines deutschen Kommunisten in Glasgow.

Trotz Verbot und polizeilicher Überwachung. Glasgow, 1. Juni. Trotz strenger polizeilicher Überwachung der in Glasgow ankommenden Reisenden gelang es gestern Nacht dennoch zwei kontinentalen Kommunisten, das von der britischen Regierung erlassene Einreiseverbot zu umgehen und zu dem in Glasgow stattfindenden Parteitag der britischen Kommunisten einzutreffen. In der gestrigen Schlussung des Parteitages stellte der Vorsitzende Garro Peilitt den deutschen Reichstagsabgeordneten Stöcker und die Französin Vebel der Versammlung vor. Die Anwesenden begrüßten die ausländischen Gäste lebhaft und stimmten die Internationale an. Stöcker hielt darauf eine etwa 15 Minuten dauernde Rede in deutscher Sprache, in der er u. a. sagte: Ich bin stolz darauf, daß ich Euch trotz aller Maßnahmen Johnson-Dicks persönlich begrüßen kann. Wenn Dicks denkt, daß er eine chinesische Mauer um die Arbeiterklasse eines Landes errichten kann, so wird der Erfolg nur der sein, daß die proletarische internationale Solidarität hundertmal härter wird. Auch die Französin Vebel gab in einer Rede ihrer Freunde darüber Ausdruck, daß es ihr gelungen sei, die Polizeikette zu durchbrechen. Die beiden ausländischen Gäste verschwanden darauf spurlos. Die Polizei jagdet nach ihnen. (W. T. B.)

Bulgarien dem Bolschewismus ausgeliefert.

Belastung der Bolschewikerkonferenz. Paris, 1. Juni. Die Bolschewikerkonferenz hat sich am Sonnabend mit dem Erlaß der bulgarischen Regierung beschäftigt, die 10000 Mann Militärtruppen, die sie infolge der kommunistischen Unruhen einziehen durfte, in Etappen zu entlassen. Die Kommission hat diese Vorberingung abgelehnt und beschlossen, daß, wie vorgelassen, die 10000 Mann am 31. Mai zu entlassen sind.

Kommunistische Umtriebe in Ägypten.

Kairo, 31. Mai. (Reuter.) Das Ministerium des Innern, das seit einiger Zeit geheimen kommunistischen Machenschaften auf der Spur ist, verhaftete in Kairo acht Personen und weitere acht Personen in Alexandria, wo auch eine Druckpresse und viel schriftliches Material beschlagnahmt wurden. Alle Verhafteten sind Juden aus Palästina.

Der Prozeß gegen die Mörder des Sirbars dauert noch an, das Urteil ist morgen zu erwarten. (W. T. B.)

Kommunistische Machenschaften auch in Marokko.

Paris, 1. Juni. Die „Matin“ aus Casablanca berichtet, daß die Polizei bei Nachforschungen in dortigen kommunistischen Kreisen vertrauliche Schriftstücke entdeckt, die nur Beamte hätten untersuchen dürfen können. Die in Rabat angehefteten Nachforschungen haben zur Festnahme der Beamten bei der Finanzdirektion Taddai geführt. (W. T. B.)

Venechs plötzliche Pariser Reise.

Paris, 1. Juni. Die Morgenblätter beschäftigen sich mit der unerwarteten Reise des tschechischen Außenministers Venech nach Paris. Er ist Sonnabend angekommen und geht am Abend wieder nach Genf zurück. Erland konnte er nicht sprechen, da die Feiertage auf dem Lande zubringt. Er verhandelte deshalb nur mit dem Generalsekretär im Außenministerium Philippe Bertelot und dem Ministerialdirektor Laroche. Das „Journal“ sagt, Venech sei gekommen, um seine Beunruhigung zum Ausdruck zu bringen. Er glaube immer noch an die Möglichkeit, das Protokoll von Genf auf indirektem Wege Stückweise zu verwirklichen, indem er die einzelnen Mächtegruppen allmählich zusammenbringe. Das „Journal“ betont, daß die augenblickliche Orientierung besonders Englands völlig von dem Bestreben Venechs abweiche. Die Abkommen Frankreichs mit Polen, der Tschecho-Slowakei und Belgien, seien im Rahmen der Friedensverträge und des Völkerbundes geblieben. Nach der britischen Auffassung solle der britische Pakt die bestehenden Beziehungen zwischen Siegern und Besiegten umfassen. Venech könne nicht verkündigen, daß die Zukunft seines Landes Beunruhigungen ausgeföhrt sein könne. Der englische Pakt lasse den Weg für die deutschen Absichten auf Österreich frei, die schließlich zu einer Umklammerung der Tschecho-Slowakei führen mühen. Sei die Errichtung eines Wirtschaftsabkommens in Europa nicht das einzige Mittel, um Österreich und Ungarn der deutschen Beeinflussung zu entziehen? Diese Vereinnahmung sei durchaus unerlässlich, wenn England sich mit einer chinesischen Mauer umgebe.

Savas versucht zu beschwichtigen.

Paris, 1. Juni. Wie Savas berichtet, erklärt man in französischen diplomatischen Kreisen, daß der Besuch Venechs feinerlei Beziehungen mit den internationalen Verhandlungen über den Sicherheitspakt gehabt habe. Venech habe sich über Fragen anderer Art unterhalten, die sich auf Frankreich und die Tschecho-Slowakei bezogen. Nach dem Pariser „Soir“ habe sich die Unterredung nur auf Donauangelegenheiten bezogen. (W. T. B.)

Die belgische Kabinettsbildung.

Paris, 1. Juni. Die belgische Regierungskrise, die nun fast schon zwei Monate dauert, scheint nach den letzten Meldungen aus Brüssel nunmehr vor ihrer Lösung zu stehen. Es kommt zu der von Anfang ins Auge gefaßten sozialistisch-katholischen Regierung, und zwar so, daß die Ministerpräsidenten wahrscheinlich einem katholischen Vorbehalten bleiben wird — man spricht hierbei besonders von Pouillet —, während das Auswärtige dem Sozialisten Vanderveelde und das Justizministerium einem anderen Sozialisten zufallen dürfte.

Belgisch-amerikanische Schuldenverhandlungen.

Washington, 31. Mai. Der belgische Botschafter Baron de Cartier hat den Staatssekretär Mellon benachrichtigt, daß die belgische Regierung wünsche, Verhandlungen über die baldige Fundierung der belgischen Schulden an die Vereinigten Staaten zu beginnen. Der Botschafter wird binnen kurzem nach Belgien reisen. Mellon sagte, Baron de Cartier habe ihn verständigt, daß Belgien eine Kommission entsenden werde, die unter dem Vorsitz des früheren Finanzministers Jehunis stehen werde, und zu der noch andere hervorragende Finanzleute gehören würden. (W. T. B.)

Rücktritt Logans.

London, 31. Mai. Nach einer Reutersmeldung aus Washington hat Staatssekretär Kellogg das Entlassungsgeheiß des amerikanischen Beobachters bei der Reparationskommission in Paris, Logan, der aus persönlichen und geschäftlichen Gründen seinen Posten aufgibt, angenommen. Zu seinem Nachfolger wurde Ralph Hill, Hilfsarbeiter im Staatsdepartement, ernannt. Logan wird, wie verlautet, eine leitende Stelle in dem New Yorker Bankhaus Dillon-Read übernehmen. Zurzeit befindet er sich auf der Reise nach Paris, um seinen Nachfolger in sein Amt einzuführen.

Oberst Soule in Paris.

Paris, 1. Juni. Oberst Soule, der Freund des verstorbenen Präsidenten Wilson, ist gestern in Paris angekommen. Er stattete Clemenceau einen Besuch ab und begibt sich alsdann nach England und von dort nach der Schweiz und Italien.

Die Landarbeiter gegen den Abbau der Technischen Nothilfe.

Berlin, 30. Mai. Zu den Treibern für einen Abbau der Technischen Nothilfe teilt der Zentralverband der Landarbeiter mit, daß er von der Eingabe der drei Spitzenorganisationen an das Reichsinnenministerium erst durch die Presse Kenntnis erhalten hat. Der Zentralverband der Landarbeiter kann die in dem Schreiben an das Innenministerium zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht teilen. Er glaubt insbesondere nicht, daß bereits eine Beruhigung des Wirtschaftslebens in dem Maße eingetreten ist, daß größere Ersparnisse für die Zukunft nicht mehr befürchtet zu werden brauchen, ebensowenig glaubt der Verband, daß in allen maßgebenden Kreisen das notwendige Verantwortungsbewußtsein vorhanden ist, um das Volkswohl über taktische und materielle Interessen zu stellen. Schließlich sei aber auch das Aufgabengebiet der Technischen Nothilfe nicht darauf beschränkt, nur bei Wirtschaftskämpfen einzugreifen, sondern auch bei anderen Anlässen. Dies treffe um so mehr zu, als in solchen Fällen, z. B. bei dem großen Waldbrand in Pommern, Militär nicht mehr in ausreichendem Maße zur Hilfeleistung herangezogen werden könne.

Washington, 1. Juni. Thomas Milen Marshall, Vizepräsident der Vereinigten Staaten in Präsident Wilsons Amtszeit, ist heute gestorben. (W. T. B.)